

Wien, 30. März 2010

● **Stellungnahme der AG Globale Verantwortung: Bundesgesetz über die Beteiligung Österreichs an der Finanzierung der Kreditvergabe des Internationalen Währungsfonds an die ärmsten Entwicklungsländer 127/ME (XXIV. GP)**

Der IWF hat eine wichtige Rolle in einer globalisierten Weltwirtschaft, allerdings hat er in den letzten 30 Jahren in Entwicklungsländern durch zu einseitige Politikempfehlungen und restriktive Konditionalitäten oft zu einer Verschärfung von Krisen beigetragen statt diese zu lindern. Zahlreiche Nichtregierungsorganisationen und WissenschaftlerInnen kritisieren diese Politik seit langer Zeit und verlangen eine grundlegende Reform der Politikausrichtung des IWF. Im Februar 2010 hat auch der IWF erstmal selbst eine weit reichende Selbstkritik seiner Politik publiziert. Es wird u.a. festgestellt, dass die Geldpolitik zu eng auf Inflationsbekämpfung ausgerichtet war und dass die Bedeutung von Fiskalpolitik und Finanzmarktregulierung missachtet wurde. Allerdings bleibt abzusehen, ob sich auch die Politik des IWF nach diesem Eingeständnis verändern wird.

Bisherige Studien deuten darauf hin, dass der IWF in den konkreten Politikempfehlungen für die Kredit nehmenden Länder zwar etwas flexibler geworden ist, sich aber nicht wesentlich von der orthodoxen Politik der letzten Jahre entfernt hat. So ergibt etwa eine Eurodad-Studie, dass – sogar in Krisenzeiten - die Mehrheit der IWF-Programme weiterhin auf Inflationsraten unter 5 % bestehen und die Bildung von Devisenreserven vor höheren Sozialausgaben Priorität haben. Dabei wird ignoriert, dass die internationalen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, mit denen Entwicklungsländer konfrontiert sind, wie z.B. die hohe Volatilität von Finanzflüssen, stark schwankende Wechselkurse, hohe weltwirtschaftliche Leistungsbilanzungleichgewichte, etc. sich sehr negativ auf die Entwicklungsmöglichkeiten auswirken und wirtschaftspolitischen Handlungsspielraum untergraben.

Gerade den ärmsten Ländern fehlt es finanziellen Ressourcen, um in der Finanzkrise gegenzusteuern. **Eine Bereitstellung von Mitteln in Form von Sonderziehungsrechten ist dann zu befürworten, wenn die damit verbundenen Konditionen genügend Handlungsspielraum der Länder für eine antizyklische Politik gewährleisten.**

Empfehlungen:

Wir empfehlen daher, dass sich Österreich im IWF dafür einsetzt, die ursprüngliche Rolle des IWF, die ihm bei seiner Gründung nach dem zweiten Weltkrieg zugeordnet war, wieder zu stärken: nämlich die **Stabilisierung der Weltwirtschaft**.

Im Falle der Zustimmung zu einer neuerlichen Kapitalerhöhung soll sich Österreich dafür einsetzen:

1. dass der IWF Anstrengungen koordiniert, ein stabiles Wechselkurssystem - basierend auf und weiterentwickelt nach Vorschlägen von Keynes - zu schaffen: Stabilisierung der Wechselkurse, Internationale Verrechnungseinheit als Reserve- und Handelswährung. Aktuell schlägt das z.B. auch die UNCTAD vor.
2. dass der IWF die restriktiven Konditionalitäten beendet zugunsten eines größeren Handlungsspielraums der Länder u.a. bei der Fiskal-, Finanzmarkt-, Verteilungs-, Beschäftigungs-, und Sozialpolitik. Weiters sollen Bestrebungen der regionalen Kooperation im Bereich Finanzmarktpolitik gefördert werden, wie z.B. lokale Währungs Kooperationen und gemeinsame regionale Devisenreserven.
3. dass der IWF Expertise für eine weitreichende Regulierung der internationalen und nationalen Finanzmärkte bereitstellt. Ein erster - wenn auch kleiner - Schritt ist die in Vorbereitung befindliche Studie zur Einführung einer globalen Finanztransaktionssteuer.
4. dass mehr Transparenz und Rechenschaft des IWF hergestellt wird, insbesondere durch die verstärkte Information des österreichischen Parlaments über aktuelle Diskussionen und Richtungsentscheidungen im IWF sowie über österreichische Positionen im IWF. Zudem ist die bessere Information und Einbeziehung der Parlamente und der Zivilgesellschaft in den betroffenen Ländern sowie in Österreich wünschenswert.